

Achterbahnfahrt der Bildungspolitik?

Gemeinsame Stellungnahme der Fachschaftsräte Anglistik / Amerikanistik, Erziehungswissenschaft (Lehramt / Diplom / Magister), Germanistik, Geschichte, Handelslehrer, Mathematik, Philosophie und Romanistik der Universität Hamburg zur Situation nach dem „Zulassungsskandal“ im Wintersemester 2001/2002

Dieses Semester haben sich die Rahmenbedingungen des Lehramtsstudiums massiv verschlechtert. Bereits vor dem Wintersemester 2001/2002 waren die Bedingungen schwierig. Allein dem Fachbereich Erziehungswissenschaft fehlten 2678 m² an Nutzungsfläche bei ca. 10000 m² Gesamtfläche. Ca. 50% der Studierenden brachten ihr Studium nicht zum Abschluss, die durchschnittliche Studiendauer bis zum Examen betrug 13 Semester. Sowohl Erstsemester als auch Absolventen klagten über mangelnde Orientierungshilfen im Studium.

Nun haben aber der Staat und die Gesellschaft „überraschenderweise“ einen gestiegenen Bedarf an ausgebildeten Lehrern für die nächsten Jahre festgestellt. Deshalb wird den jungen Leuten suggeriert, dass mit dem Lehramtsstudium sichere Arbeitsplatzaussichten verbunden seien. Eben diesen Bedarf zu decken, ist die Universität als erste Phase der Lehrerausbildung in Hamburg mitaufgefordert.

Einig ist man sich auch, dass die Qualität der Lehrerausbildung gesteigert werden muss. Mit diesem Auftrag wird von Regierungsseite eine Reform der Lehrerausbildung vorangetrieben. Wir bezweifeln, dass eine sinnvolle Reform unter den gegebenen strukturellen Vorgaben möglich ist. Vielfach wird derzeit gefordert, das Studium solle von einer wissenschaftlichen Bildung in eine effektivere, schnellere Ausbildung verwandelt werden. Durch die geplante Einführung von Studiengebühren sollen die Studierenden unter Druck gesetzt werden, ihr Studium möglichst schnell zu absolvieren. Schon jetzt geht die Berechnung der Förderungszeit nach BAföG von unrealistischen Studienzeiten aus.

In all diese Anforderungen und Probleme platzt jetzt der „Zulassungsskandal“. Die Zulassungsbeschränkung für die Lehramtsstudiengänge Grund-, Mittel- und Oberstufe Allgemeinbildende Schulen und Oberstufe Berufliche Schulen wurde zum Wintersemester 2000/01 gestrichen, da die Bewerberzahlen für die genannten Studiengänge leicht rückläufig waren. Bis zum Wintersemester 2001/02 blieb dies ohne große Auswirkungen. Erst dieses Semester schnellten die Bewerberzahlen in die Höhe. So wurden ohne Rücksprache mit den betroffenen Fachbereichen durchschnittlich 66% mehr Studierende zugelassen, als Studienplätze vorhanden sind.

Auf 66 Plätze für das Unterrichtsfach Geschichte wurden 228 Studierende zugelassen (350%). Auf 139 Plätze für Erziehungswissenschaft Lehramt Oberstufe Allgemeinbildend wurden 378 Studierende zugelassen (270%). Studierenden wurden also Studienplätze zugewiesen, die es faktisch nicht gibt, da für sie keine Seminarplätze, Beratungszeiten etc. zur Verfügung stehen. Da Lehramtsstudierende durch ihre zwei Unterrichtsfächer an vielen Fachbereichen der Universität studieren, wirkt sich diese Überbelastung auf die gesamte Universität aus. Die Studiensituation im Grundstudium ist in vielen Studiengängen unerträglich geworden. Entweder bekommen die Studierenden keine Plätze in wichtigen einführenden Veranstaltungen, oder Seminare erhalten Vorlesungscharakter bei Teilnehmerzahlen um die 80 Personen, für die außerdem die Räume zu klein sind. Wissenschaftliches Arbeiten ist hier nicht mehr möglich.

Der hierdurch entstehende offensichtliche Widerspruch wird von den politisch Verantwortlichen ignoriert. Das geforderte schnelle und qualitativ hochwertige Studium wird durch solche Bedingungen unmöglich gemacht. Trotzdem werden Studierende durch Restriktionen für langes Studieren bestraft. Das sind z.B. Zwangsberatung, Förderungshöchstdauer und besonders die geplanten „Langzeit“-Studiengebühren.

Diese Situation wurde bis jetzt nur mit Notprogrammen „gemildert“. Langfristige Konzepte und Stellungnahmen von der Wissenschafts- und der Schulbehörde fehlen. Selbst das angekündigte Ende der systematischen Sparpolitik an der Universität soll anscheinend auf 2005 verschoben werden.

Die Universitätsverwaltung und einige Fachbereiche planen, die Überbelastung durch Reduktion der Zulassungen in den kommenden Semestern auszugleichen. Dies würde bedeuten, dass z.B. für den Studiengang Lehramt an der Oberstufe Allgemeinbildende Schulen in den nächsten 2 Semestern kein Studierender zugelassen werden dürfte und im Sommersemester 2002 nur 46 Grund- und Mittelstufen-

Lehramtsstudierende zugelassen würden. Ähnliches gilt für einige Unterrichtsfächer. So könnte es dazu kommen, dass potentielle Studienanfänger, die im Einklang mit der Forderung nach mehr neuen Lehrern die Absicht hatten, im kommenden Semester ein Lehramtsstudium zu beginnen, plötzlich vor dem Nichts stehen.

Die Notprogramme der Fachbereiche sind größtenteils Vorschüsse aus den Etats der folgenden Semester. Sie bestehen bisher weitgehend aus Lehraufträgen und Tutorenmitteln. Diese Lehraufträge wurden sehr kurzfristig innerhalb von ein bis zwei Wochen erteilt. Gleichzeitig wird ermittelt, ob Hauptstudiumsveranstaltungen in Grundstudiumsveranstaltungen umgewandelt werden können, um die Überlast zu verteilen. In einigen Fällen ist dies schon passiert. Was geschehen soll, wenn die heutigen Studienanfänger ins Hauptstudium und in die Prüfungsphase kommen, darüber macht sich bisher kaum jemand Gedanken.

Durch all dies werden die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen für alle Studierenden der betroffenen Fachbereiche, unabhängig von Studiengang und Studienphase, auf Dauer verschlechtert.

In Anbetracht der geschilderten Situation fordern wir:

- 1.) Der Staat und die Gesellschaft haben einen messbar höheren Bedarf an ausgebildeten Lehrern. Wenn dieser höhere Bedarf - bei gleicher Qualität - gedeckt werden soll, muss dieses auch in erhöhter *Förderung und Finanzierung* der lehrerausbildenden Institution Niederschlag finden.
- 2.) Wir lehnen es ab, den Bedarf durch Senkung der *Qualität* der Ausbildung zu decken.
Nicht hinzunehmen sind:
 - Erhöhung der Seminargruppenzahl
 - Die größere „Abfertigung“ von Studierenden in Vorlesungen mit Scheinerwerb
 - Den größeren „Ausstoß“ von Studierenden durch Verkürzung des Studiums
 - Eine Kompensation der Situation zu Lasten des Hauptstudiums, weil darunter die Qualität des Hauptstudiums leidet.
- 3.) Die momentane Situation der Studienanfänger macht es BAföG-Empfängern nahezu unmöglich, innerhalb der Förderzeit zu studieren. Dies muss berücksichtigt werden.
- 4.) Die *gesamte Universität* hat mit der Last des Mehr an Studierenden zu kämpfen und nicht nur einzelne Fachbereiche, daher muss auch die gesamte Universität gefördert werden.
- 5.) Die Universität ist keine bloße Lehrerausbildungsinstitution. Ihre *wissenschaftliche* Funktion und ihr *Bildungsauftrag* dürfen nicht unter dem größeren Bedarf an Lehrern leiden. Eine Kapazitätserhöhung für Lehramtsstudierende darf nicht auf Kosten kleinerer Studiengänge oder der Magister- und Diplomstudierenden geschaffen werden.
- 6.) Die angestrebte Lösung durch Nichtzulassungen steht im krassen *Widerspruch* zum erhöhten Bedarf an Lehrern. Dadurch würde zukünftigen Studierenden der Zugang zu Bildung verwehrt, und es würden nicht mehr Lehrer ausgebildet. Die einzige Lösung kann eine schrittweise, qualitativ abgesicherte und ausreichend finanzierte Erhöhung der Lehrkapazität sein.
- 7.) Das Problem kann nicht durch ein einmaliges Notprogramm gelöst werden. Vielmehr ist ein langfristiges, geplantes, sinnvolles und nachhaltiges Konzept erforderlich, in dem alle lehrerausbildenden Institutionen berücksichtigt sind. Hierbei darf es nicht nur um Kapazitäten, sondern es muss ganz besonders um die Qualität der Lehrerbildung gehen.
- 8.) Eine quantitative wie qualitative Erhöhung der universitären Kapazität muß beinhalten:
 - Aufhebung der Vakanzen und Stellenstreichungen von Professuren
 - Ordentliche Ausstattung der Professuren (Sachmittel, Hilfskräfte, Assistenzen, Tutoren ...)
 - Genügend Räume
 - Ausweitung der professoralen und nicht-professoralen Beratungsangebote (Sprechzeiten, Orientierungseinheiten, Studierendenzentren ...)
 - Verbesserung der Studienbedingungen durch mehr Bibliotheksmittel und -personal, Medienzentren, Computerräume etc.

Hamburg, Dezember 2001

V.i.S.d.P.: Lars Rieck, c/o FSR Erziehungswissenschaft, VMP 8, 20146 Hamburg